

AZ - FL-9494 Schaan

Dienstag
14. Nov. 1978

Erscheint Montag, Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag,
und Freitag/Samstag als
Wochenendausgabe

Jeden Donnerstag
in allen
Haushaltungen

Liechtensteiner Volksblatt

Redaktion: Telefon (075) 2 42 42 / 43

Mit den amtlichen Publikationen

111. Jahrgang - Nr. 216

Landtagssitzung von morgen Mittwoch — zehn Traktandenpunkte:

Neues Gesetz für die Lehrer

Fünf Gesetzesvorlagen, zwei Sozialabkommen und zwei FBP-Interpellationen

Morgen Mittwoch um 9 Uhr tritt der liechtensteinische Landtag zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Etwa um 11.20 Uhr werden die Abgeordneten Gelegenheit haben, kleine Anfragen an die Regierung zu richten und um 11.30 Uhr zieht sich der Landtag zu seiner nichtöffentlichen Sitzung zurück. Die öffentliche Landtagssitzung wird nach der Mittagspause um 14.30 Uhr fortgesetzt.

Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Protokoll der Landtagssitzung vom 10. Oktober 1978 hat einen Umfang von 105 Seiten. Die Genehmigung der Protokolle ist normalerweise eine Routineangelegenheit.

Durchführung von Güterzusammenlegungen

In 2. und 3. Lesung behandelt der Landtag das Verfassungsgesetz über die Durchführung von Güterzusammenlegungen. Durch einen Entscheid des Staatsgerichtshofes wurden die Verordnungen über die Güterzusammenlegung vom 1. Juli 1954 und zwei Abänderungen dieser Verordnungen als verfassungswidrig aufgehoben. Der Staatsgerichtshof begründet seine Entscheidung mit der Feststellung, dass nach Art. 92 der Verfassung die zur Durchführung der Gesetze erforderlichen Verordnungen nur im Rahmen der Gesetze erlassen werden dürfen. Im Landesverfassungsgesetz fehlten jedoch wesentliche Merkmale der durch die Verordnung über die Güterzusammenlegung auszuführenden Vorschriften, insbesondere das Recht, die Bildung von Zwangsgenossenschaften vorzuschreiben. Um einen rechtslosen Zustand zu vermeiden, sah sich die Regierung gezwungen, einen Verfassungsgesetzes-Entwurf an den Landtag zu überweisen. Das neue Recht wird die Grundlage für den Abschluss der laufenden Meliorationen ohne materielle Änderungen der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen bilden.

Gesetz über Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens

Als dritten Punkt wird der Landtag den Bericht und Antrag betreffend die Verlängerung und Abänderung des Gesetzes über Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens behandeln.

Um die angestrebte Harmonisierung und Koordination der Konjunkturpolitik und Teuerungskämpfung unseres Landes mit derjenigen der Schweiz weiterführen zu können, bedarf es einer Verlängerung des Gesetzes vom 25. April 1973. Das vorgesehene Gesetz sieht eine Verlängerung der Massnahmen bis zum 31. Dezember 1982 vor.

enthält aber keine kreditpolitischen Massnahmen mehr und erfordert deshalb eine Titeländerung auf «Gesetz über Massnahmen auf dem Gebiete des Geldwesens».

Abänderung des Gemeindegesetzes

Aufgrund eines Verfassungsgesetzes aus dem Jahre 1976 können die Gemeinden in ihrem Bereich durch Gemeindeversammlungsbeschluss den Liechtensteinerinnen das Wahl- und Stimmrecht zuerkennen. In der Abstimmung vom 17./19. September 1976 gewährten die Stimmbürger der Gemeinde Vaduz den Liechtensteinerinnen das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene. Die in Vaduz wohnhaften Liechtensteinerinnen sind im Januar 1979 erstmals bei einer Wahl der Gemeindevertretung wahlberechtigt. Um klare Rechtsverhältnisse zu schaffen, sind verschiedene Bestimmungen des gültigen Gemeindegesetzes den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Lehranstellungs- und Dienstgesetz

Der Bericht und Antrag der Fürstlichen Regierung betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die allgemeinen Anstellungsverhältnisse und das Dienstverhältnis der Lehrer wird den Landtag morgen wahrscheinlich am längsten beschäftigen. Die zentralen Punkte dieser Gesetzesvorlage sind

● die Regelung des Dienstverhältnisses:

Dem heute gültigen System des Beamten auf Lebenszeit wird das schweizerische Modell des Wahlbeamten mit dem Erfordernis der regelmässigen Bestätigung durch

die Behörde gegenübergestellt.

● die Bestellung zum Hauptlehrer:

Die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die Bestellung zum Hauptlehrer werden umschrieben (liechtensteinisches Landesbürgerrecht, bürgerliche Ehren und Rechte, amtsärztliches Zeugnis, Abschluss der vorgeschriebenen Ausbildung und Nachweis methodischer und pädagogischer Kenntnisse und Fähigkeiten). Als Voraussetzungen für die definitive Anstellung sollen neben zufriedenstellender Unterrichtstätigkeit während der provisorischen Anstellung Nachweise über die Lehrerfortbildung, über die Kenntnisse der Schulgesetzgebung und über Kenntnisse in liechtensteinischer Landeskunde verlangt werden. Die Regierung denkt dabei an eine Prüfung.

● das Verhältnis Lehrstelle - Lehrer:

Der definitiv angestellte Lehrer soll auch in Zukunft Anspruch auf dauernde Beschäftigung im Schuldienst haben, nicht aber unbedingt auf die Beibehaltung einer bestimmten Lehrstelle.

● Das Dienstverhältnis der Kindergärtnerin:

Nach den Bestimmungen des Schulgesetzes ist der Gemeindegemeinderat für die Anstellung der Kindergärtnerinnen zuständig. Vor Abschluss eines Dienstvertrages hat der Gemeindegemeinderat jedoch eine Stellungnahme des Schulamtes einzuholen.

● das Dienstrecht der liechtensteinischen Lehrer an den Privatschulen:

Durch die Möglichkeit des Abschlusses von Dienstverträgen von unbestimmter Dauer nach Beendigung des Provisoriums erhalten die liechtensteinischen Lehrer an den Privatschulen in unserem Land de facto die gleichen Pflichten und Rechte wie die Lehrer an den öffentlichen Schulen.

● das Dienstverhältnis der ausländischen Lehrer:

Mit ausländischen Lehrern sind vorerst einjährige Dienstverträge abzuschliessen. An deren Stelle können später längerfristige Verträge treten.

Zwei Abkommen über Soziale Sicherheit

Traktandenpunkt 6 ist die Ratifizierung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Liechtenstein über Soziale Sicherheit vom 7. April 1977. Hauptanliegen dieses Abkommens ist die Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Vertragspartner. Praktisch bedeutsam ist dies in erster Linie für die Rentenversicherung.

Das Übereinkommen zwischen Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz im Bereich der Sozialen Sicherheit vom 9. Dezember 1977 bedarf ebenfalls noch der Zustimmung des Landtages. Der starke Wechsel der Arbeitskräfte innerhalb der vier deutschsprachigen Staaten — vor allem in den Grenzgebieten — wirft im Bereich der sozialen Sicherheit eine Reihe von Problemen auf, zu deren Lösung die bestehenden zweiseitigen Ab-

Ihre Haut ist Ihr kostbarstes Kleid.
Daher gönnen Sie sich eine Behandlung oder Beratung.

Detago
Rosmarie Defago
Kosmetiksalon
Kaufm.
FL-9494 Schaan
Tel. 075 2 23 99

Rüfeschutzbauten und Berggebietssanierung:

Unterstützung für Planken

Angespannte Finanzlage erfordert zusätzliche Landessubventionen

(hoe) - Es ist allgemein bekannt, dass unsere Berggemeinden, vor allem aber Triesenberg und Planken, aufgrund ihrer besonderen Lage viele infrastrukturelle Probleme und Sorgen kennen, die in Talgemeinden naturgemäß nicht oder nur teilweise vorhanden sind. Während

Triesenberg sich vor allem um die Lösung der infrastrukturellen Aufgaben in den steuerlich ungünstigen Ferienzeiten bemühen muss, stellt sich der kleinsten Gemeinde unseres Landes in hohem Masse die Bewältigung der Probleme im Bereich der Berglandsanierung und der Rü-

feschutzbauten.

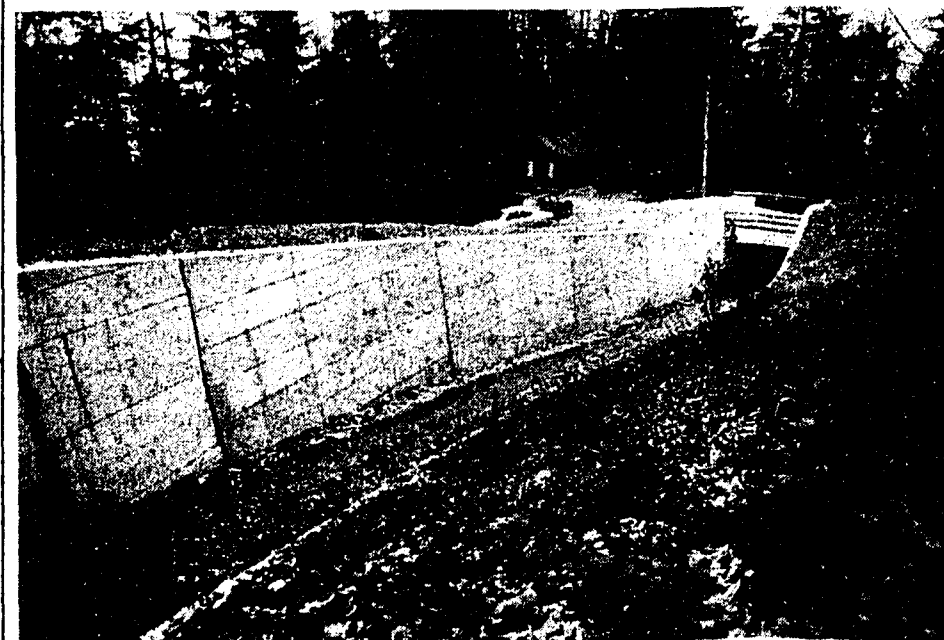
Um weitere Schäden, wie sie Planken im Jahre 1975 erlebt hat, inskünftig wirkungsvoll zu verhindern, sind im Jahre 1977 massive Anstrengungen zur Sanierung der Rufen unternommen worden. So sind der Gemeinde allein im letzten Jahr rund 150 000 Franken Kosten für den Rüfeschutzbau erwachsen.

Wichtigste Sanierungsmassnahmen, die die grössten Aufwendungen verursachten, sind bei folgenden Rufen durchgeführt worden:

Bleika: Die Lawinenverbauung in der Bleika wurde — so heisst es im Jahresbericht für 1977 — fortgesetzt.

1977 konnten der in Stahlkonstruktion ausgeführte Teil abgeschlossen werden. Der Holzverbau wird wahrscheinlich erst im nächsten Jahr beendet sein. Kostenanteil der Gemeinde: rund 78 000 Franken.

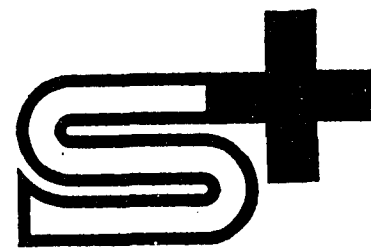
Quellenrank: Nachdem beim Quellenrank im Frühjahr 1977 starke Rutschungen, die auch einen Teil der Quellfassung beschädigten, festgestellt wurden, drängte sich hier eine rasche Sanierung auf. Die ersten beiden Bachsperrn sind 1977 planmässig errichtet worden. Die



Unser Bild zeigt die Rutschsanierung Rüttli mit der Errichtung eines Abwehrdamms (links). An dieser Stelle ging 1975 die Rufe auf Planken nieder. Dies soll in Zukunft nicht mehr passieren. (Bild: F. J. Meier)

für
Leder- und
Pelzbekleidung

INTERCHIC AG
MAUREN
Wegacker
Tel. 075 / 3 24 24
samstags geschlossen



Nothelferkurs

Im Dezember organisiert der Samariterverein Triesenberg einen Nothelferkurs. Anmeldungen nehmen entgegen: Juli Gassner, Telefon 2 65 74 oder die Samariterlehrer Franz Josef Beck und Daniel Beck.

kommen nicht ausreichen. Das vierseitige Übereinkommen verbessert die sozialversicherungsrechtliche Stellung der in Betracht kommenden Personen in Fällen einer mehr als zweiseitigen Versicherungslaufbahn. Die Renten und Pensionen aus den Versicherungen der vier Vertragsstaaten können den in Betracht kommenden Personen zumindest bei Aufenthalt in einem der vier Vertragsstaaten ausbezahlt werden.

Zwei FBP-Interpellationen

Der wirtschaftlichen Situation des Landes und der Erhaltung der Arbeitsplätze widmet sich eine Interpellation der FBP-Fraktion. Die Regierung wird ersucht, eine einheitliche Stellungnahme der Kollegialregierung zu diesen für unser Land lebenswichtigen Fragen abzugeben.

Zur Diskussion steht dann der Regierungsbericht zur zweiten FBP-Interpellation, die Auskunft über die Verkehrs-Ausbauplanung Liechtenstein-Österreich und die Massnahmen gegen eine übermässige Belastung Liechtensteins durch den Durchgangsverkehr verlangte.

Radio- und Fernsehgesetz

Letztes Traktandum der morgigen Sitzung ist der Gesetzesentwurf über Radio und Fernsehen. Es wird in 2. und 3. Lesung behandelt. Die anlässlich der letzten Sitzung gebildete Landtagskommission hat zu den von den Abgeordneten bei der ersten Lesung abgegebenen Voten Stellung genommen und schlägt nur wenige kleinere Änderungen vor. Die Kommission unter dem Vorsitz des VU-Abgeordneten Alfons Schädler spricht sich einstimmig gegen eine Rückerstattung der bisher eingehobenen Radio- und Fernsehgebühren aus. Das neue Gesetz wird ab 1. Januar 1979 in Kraft treten. Dem Staat kommt demnach die alleinige Radio- und Fernsehhoheit zu; er erteilt die Konzessionen und erlässt die Gebühren und überträgt die damit zusammenhängenden Verwaltungs- und Kontrollaufgaben einer untergeordneten Amtsstelle.

bis
30 %

**Spezial-Aktion =
Preisreduktion**

Rochas
Chanel
Nina Ricci
Lanvin
Hermès

Im Städtle 36 (neben der Post)
FL-9490 Vaduz 075 / 2 43 55

VPB
Ihre Bank für alles
Zum Beispiel:

Verwaltungs- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft, Vaduz
Telefon 075/2 31 31

Fortsetzung auf S/2